

OUR CLIMATE

kost nix, aber nicht umsonst.



CLIMATE JUSTICE!

KLIMAGERECHTIGKEIT!

Anfang des Jahres in der heißen Vorbereitungsphase für Ende Gelände 2016 in der Lausitz fand eine Lesung der EEG-Novelle im Bundestag statt. Im Juni wurde die EE-Deckelung und eine jährliche Abwrackprämie für RWE beschlossen. » Seite 2

Dies ist eine Verletzung des Pariser Vertrages. Was bedeutet dies im Hinblick auf Klimagerechtigkeit? » Seiten 3 & 4

Der Kampf für Klimagerechtigkeit muss einen politischen Wandel zur Überwindung patriarchaler Struktur beinhalten. » Seite 6

Klage gegen 350.org: Exxons Einfluss auf die US-Politik bleibt hoch, vermutlich auch nach den Wahlen 2016 » Seite 8

Friedenspolitik dient dem Klimaschutz. Die EU geht jedoch in eine andere Richtung und hält an fossiler Energie fest. » Seite 10

"Prosumption" überwindet die Trennung von Konsum und Produktion zugunsten praktischer Post-Wachstums-Ökonomik: eine bunte Bewegung alternativen Lebens und Wirtschaftens, welche die Deindustrialisierung und Deglobalisierung der Wirtschaft fordert. Eine Utopie » Seite 11

Was wollen wir und wie kommen wir dahin. Ein Debattenanstoß » Seite 12

RWE hält NRW im Würgegriff und macht über Lobbygruppen Druck, das Wiesen-camp zu räumen » online



In January while Ende Gelände 2016 in east Germany was heavily prepared the German parliament lectured an EEG amendment. In June it has been signed limiting renewables and including a scrappage bonus for RWE » page 2

This violates the COP21 contract in Paris. What does this mean regarding climate justice? » pages 3 & 4

The fight for climate justice needs to involve a political change to overcome patriarchal structures. » page 6

Subpoena against 350.org: Exxon's influence on US congress is high, assumingly also after elections in November » page 8

Peace politics serve climate protection. EU however stays on fossils. » page 10

„Prosumption“ overcomes the division of production and consumption as practical post-growth economy claiming de-industrialization and de-globalization. Trying an utopia » page 11

What do we want and how to get there. Starting a debate » page 12

RWE keeps NRW in stranglehold and pressures to evict the meadow camp protecting the Hambacher Forest » online

Diese Zeitung ist ein offenes Medium für das Erstarken einer weltweiten solidarischen Bewegung für Klimagerechtigkeit. Wir sind auf Spenden angewiesen, um diese Zeitung zu drucken und kostenlos zu verteilen. Alle Artikel sind ungekürzt in unserer Online-Ausgabe verfügbar. Kontakt und Impressum » Seite 2

This newspaper is an open medium for a growing global solidary climate justice movement. We depend on donations to print and distribute this newspaper without price tag. All past and future editions and articles are available in full length online. Contact » page 2
Webseite: <https://we.riseup.net/ocnyb>

"RWE vor dem Aus"

... titelte am 6. Juli die FAZ: "Deutschlands größter Stromerzeuger ist zum Pleitekandidaten geworden. Der Brexit könnte ihm den Rest geben." Von Verpflichtungen in Höhe von 45 Mrd. sind laut Terium nur 10 Mrd. gedeckt. RWE müsse unterstützt werden, forderte NRW-Wirtschaftsminister Garret Duin 2015. Im Juni beschloss die Bundesregierung mit der EEG-Novelle eine Abwrackprämie für Jahrzehnte alte Kohlekraftwerke: 1,6 Milliarden für das Bereithalten von CO2-Schleudern, die 11 Tage brauchen, um anzulaufen. Wir brauchen weder die Kohle, noch eine solche Regierung.

Die Schreckgespenster von IG BCE-Chef Vassiliadis von zweiwöchigen Stromausfällen im Winter und drohenden Strukturbrüchen zeigen Wirkung. Der "Hochleistungsindustriestandort Deutschland" sei in Gefahr: "Wir werden weiter streiten für eine Energiewende mit Sinn und Verstand." Übersetzt heißt das, Deckelung der Erneuerbaren auf 40% und Festschreibung der Braunkohle.

Energieintensive Industrieunternehmen, die mehr als 17 Prozent ihres Umsatzes für Strom ausgeben, sind von der EEG-Umlage befreit. Ein Anreiz zum Sparen ist das nicht. Laut VET wurden 2015 158,6 Mio. Emissionsberechtigungen kostenlos verteilt. Im Luftverkehr lag der Anteil bei 57 Prozent. Die Weltluftfahrtorganisation ICAO erwägt ab 2020 einen Umstieg auf "Biosprit", um jährlich 450 Millionen Tonnen Kohlendioxid "klimaneutral" zu ersetzen. Zum Vergleich: In Deutschland summieren sich die Emissionen mit RWE (109, 150 inkl. GB) und E.ON (120) auf 303 Megatonnen. "Mit einem Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen von etwa 2,3 Prozent ist es nicht ausschlaggebend, ob wir ein bisschen früher oder ein bisschen später eine bestimmte, politisch gesetzte Zahl erreichen.", so Vassiliadis.

Der Automobilbau-Zulieferer SMP entdeckte durch den Klimaschutz-Trend 2015, dass durch "Abdeckung der Säurebäder während der Stillstandzeiten" und anderen Optimierungen der Kühlung ein jährliches Einsparungspotential von 1,9 GWh. "Nach Erfahrungen der EnergieAgentur.NRW lassen sich in nahezu jedem Unternehmen – in Abhängigkeit von Branche und Größe – Einsparpotentiale zwischen vier und 30 Prozent finden. In Unternehmen verbergen sich enorme Einsparpotentiale, zum Beispiel bei Elektromotoren 20 Prozent – deutschlandweit 132 Terawattstunden (TWh), oder bei der Bereitstellung von Prozesswärme 20 Prozent – 265 TWh", so Lothar Schneider, Geschäftsführer der EnergieAgentur.NRW. Laut dem Fraunhofer ISI könnten jährlich 548 TWh in Betrieben gespart werden.

Im Vergleich dazu lag der gesamte Bruttostromverbrauch in Deutschland 2015 bei 608 TWh. Mit 1.800 PJ macht Strom allerdings nur ein Fünftel des Endenergieverbrauchs aus, nach Öl (36%) und Gas (25%).



„RWE on the edge“

... was the title of the german newspaper FAZ telling: „Germany's biggest energy supplier suffers the danger of bankruptcy. The Brexit could give it the rest.“ Only 10 out of 45 billion euro loyalties are backed up. RWE needs support claimed NRW economic minister Garret Duin in 2015. In June the german government signed a modification to the EEG (law on renewable energies) granting 1.5 billion for keeping old lignite power plants in reserve although they need 11 days to start. We neither need lignite nor such government.

Head of the IG BCE (workers union for mining chemistry and energy) Vassiladis painted images of two weeks of blackouts in the winter and the danger regions breaking apart in case of a fast exit from lignite. Even the „high-efficiency industrial base“ Germany might be in danger: „We will fight for an Energiewende with reason.“ Translation of this limiting renewables to 40% and continuing electricity from lignite.

Energy intense companies with more than 17% turnover spent on electricity are freed from their EEG share (~ 14 - 19ct / KWh). No motivation to save electricity at all. According to VET (exchange body for emission rights) 158.7 mio emission rights have been spread for free to energy-intense companies in 2015, with 57% for aviation. ICAO recently published plans to transform to biofuels for aviation from 2020 on to wash 450 mio tons of carbon emissions „climate neutral“. Emissions in Germany sum up to 303 Mt, with RWE at 109 (150 including UK) and E.ON (120). „Contributing only 2.3% to world emissions it doesn't matter if we reach some set number a bit earlier or later.“, Vassiliadis added.

Supplier for the car industry SMP was affected by the rush for climate protection in 2015 and discovered the potential to save energy by „covering acid beds during halts“ and optimizations of the cooling process of about 1.9 GWh a year. „According to experiences of the private energy counselor EnergieAgentur.NRW depending on branch and size in nearly every company you find saving potentials of about 4 to 30%. For Engines 20% could be saved accounting for 132 TWh in Germany, or providing warmth with 20% - 265 TWh.“, Lothar Schneider, head of EnergieAgentur.NRW. According to Fraunhofer ISI 548 TWh can be saved in companies per year.

Compare this to the gross electricity consumption for germany in 2015 of 608 TWh! With 1 800 PJ electricity accounts for only a fifth of germany's prime energy consumption after oil (36%) and gas (25%).



Impressum

Vi.S.d.P:

WAA c./o. Redaktion o.c.n.yb.

Kallsgasse 20 / 52355 Düren

E-Mail: o.c.n.yb@riseup.net

Auflage: 5.000 Stück.



Alle Artikel stehen unter Creative Commons
Lizenz im Netz: <https://we.riseup.net/ocnyb>

Spendet für zukünftige Ausgaben:

Konto: Spenden & Aktionen

IBAN: DE29 5139 0000 0092 8818 06

Betreff: Klimazeitung

EEG-Novelle verletzt Pariser Klimavertrag

Luca Brunsch

Fossile Stromerzeugung soll bis 2025 mindestens gleichbleiben. Das steht im Entwurf zur EEG-Novelle, die am 24.6. in die erste Lesung geht.

Der Anteil der fossilen Energien bleibt mindestens gleich. Damit ist ernsthafter

Klimaschutz in den nächsten 9 Jahren nicht möglich. Der Atomstrom fällt bis 2022 weg. Das heißt, wir hätten entweder von 2022 bis 2025 keinen Zubau an Erneuerbaren Energien, oder wir haben vor 2022 einen Zuwachs an fossiler Energieerzeugung.

Was die Bundesregierung beschließt, ist das eine: die Realität etwas ganz anderes. Das 1.5

Grad-Ziel des Pariser Vertrags erfordert bis 2025 den Kohleausstieg (New Climate Institute). Bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen wäre sogar in 5 Jahren das 1.5 Grad-Budget an Treibhausgasen gesprengt (Wagner und Hankamer; Carbon Brief). Der Klimavertrag von Paris wird damit gebrochen: die Bundesregierung bekundet mit der EEG-Novelle ihre Absicht, die Globale Erwärmung mindestens auf deutlich über 1.5 Grad zu steigern. Auch die gesetzlich festgelegten Ziele bis 2050 werden deutlich verfehlt (Nitsch): und damit das 2-Grad-Ziel, für das schon das Jahr 2050 grenzwertig ist (Carbon Brief). Während die Bundesregierung auf den Klimawandel pfeift, sind die ersten Opfer des Klimawandels schon hier oder ersaufen im Mittelmeer: vor der Eskalation des Syrienkriegs stand eine Jahrhundertdürre. Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Syrienkrieg ist inzwischen wissenschaftlich anerkannt (Kelley). Und die Vereinigten Nationen schätzen, dass die Zahl der Klimaflüchtlinge bis 2050 auf 250 Millionen anschwellen wird (Tenbrock). Ein Schwerpunkt: der Nahe Osten.

Ein Schwerpunkt: der Nahe Osten.

Vollständige Quellenangaben online: <https://we.riseup.net/ocnyb>

EEG AMENDMENT VIOLATES PARIS TREATY

Fossil electricity production is intended to be kept until 2025 according to the amendment to EEG (law on renewable energies) as of June 2016.

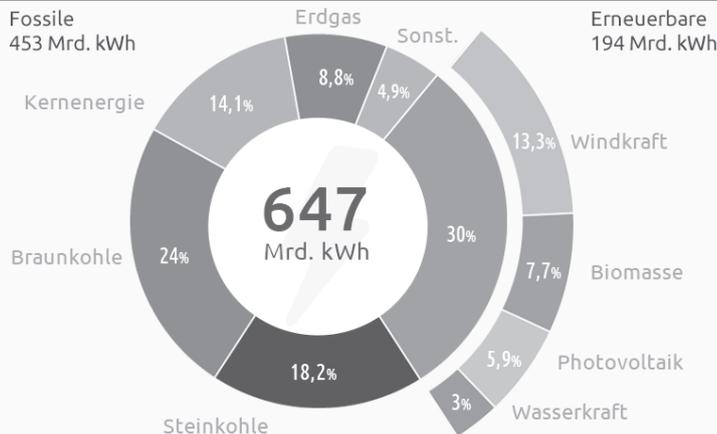
The share of fossil energy at minimum stays the same. This heavily limits reasonable climate protection. Nuclear power is replaced until 2022. This either means from 2022 to 2025 there are no new renewables or fossil energy will grow until 2022.

Laws by the federal government are one thing, reality is different. The goal for 1.5 degrees in the Paris Treaty enforces a phase out from lignite until 2025 (New Climate Institute). Keeping that frame in five years the 1.5 goal is broken (Wagner and Hankamer; Carbon Brief). The treaty would be violated: the government articulates to push the climate significantly

over 1.5°. Also law backed aims for 2050 are failed (Nitsch) and with it the 2 degrees goal for which the year 2050 is questionable (Carbon Brief). While the government ignores climate change the first victims already arrived here or are drown in the Mediterranean sea: before the escalation of the syrian war the region faced the biggest drought since a century. The connection between climate change and syrian war is scientifically accepted (Kelley). The UN estimates the number of climate refugees to rise up to 250 millions until 2050 (Tenbrock) focusing the middle east.

DER STROMMIX IN DEUTSCHLAND 2015

Anteil der Energieträger an der Bruttostromerzeugung, Erneuerbare 30%

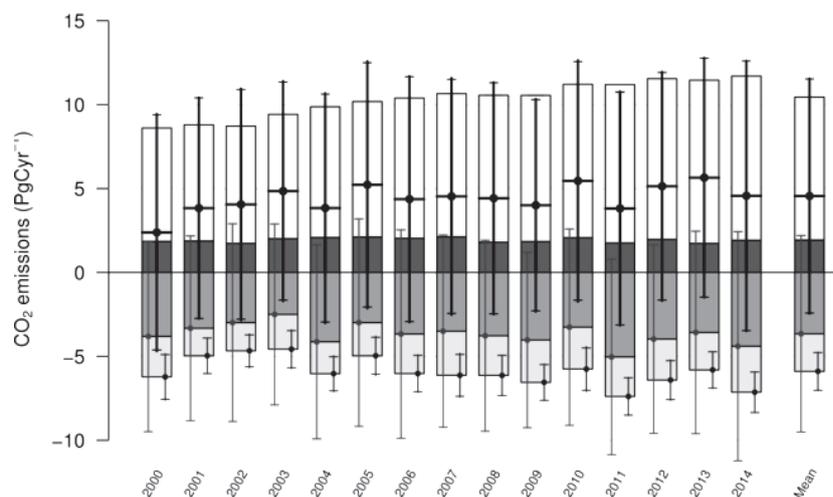


Daten: BDEW Prognose für 2015 Stand: 21.12.15

Erneuerbare Energien 2015 + Atomkraft 2015 = 45 % der Bruttostromerzeugung = Maximaler Anteil Erneuerbarer Energien 2025 nach der EEG-Novelle 2016

Global annual total emissions

Optimized



Land Ocean Net
Fire Fossil

1-σ Uncertainties
Total Across-model Within-model

CarbonTracker CT2015
Created 2016-Mar-19



Energiewende und Klimagerechtigkeit

Luca Brunsch

Der Klimawandel ist von den Industrienationen verursacht – und den größten Schaden tragen sogenannte „Entwicklungs- und Schwellenländer“. Aufgrund der geographischen Lage – Dürren sind in Europa (noch) kein Problem – und weil sie sich vor den Folgen schlechter schützen können. Vergleichen wir Vermögensverteilung mit CO₂-Ausstoß, stellen wir fest, dass die Reichsten 10 % der Menschheit 50 % des CO₂-Ausstoßes verursachen, während die ärmsten 50 % gerade einmal auf 10 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes kommen.

UN-Schätzungen kommen auf 250 Mio. Klimaflüchtlinge bis 2050. Das wären 5- mal so viele Flüchtlinge, wie es heute gibt – und wir sind schon auf dem höchsten Stand seit dem 2. Weltkrieg.

Selbst wenn wir knapp unter 2 Grad bleiben, müssen nach Schätzungen des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung 500 Mio. Menschen mehr unter Wassermangel leiden (Die Welt 2013).

Deshalb muss das 1.5-Grad-Ziel gelten. Das weltweite CO₂-Budget, das für dieses Ziel noch ausgestoßen werden darf, beträgt das 5-9 fache der Emissionen des Jahres 2015 - für das 2-Grad-Ziel liegt es bei dem 20-27 fachen

(Carbon Brief 2016). Verschärft wird das Problem durch den anhaltenden Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischen Grenzen. Die Klimabewegung ist vor eine doppelte Herausforderung gestellt: die Wirtschaft muss in kürzester Zeit umgebaut und das System tiefgreifend umgestaltet werden. Denn ob bei der weltweiten Erosion von Böden, der Endlichkeit von Ressourcen oder der Zerstörung ganzer Ökosysteme: viele ökologische Risiken haben gemeinsam, dass sie mittel – bis langfristig für die menschliche Zivilisation existenzbedrohend werden können und miteinander verschränkt sind.

Szenario für eine Energiewende 1.5 Grad

Um die Klimaziele zu erreichen, muss nicht nur die Stromerzeugung von Treibhausgasen frei werden, sondern auch der Verkehr, und die Erzeugung von Wärme und Kälte. Diese Bereiche sind dafür aber auf sauberen Strom angewiesen.¹ Das ist mit dem Begriff „Sektorkopplung“ gemeint. Mit der Studie der HTW liegt nun ein Gesamtszenario für Deutschland im Sinne des 1.5-Grad-Ziels vor (HTW 2016). Darin wird die gesamte Produktion von Energie in den genannten Bereichen, durch die etwa 83 % der Treibhausgasemissionen bedingt sind, bis 2040 klimaneutral.² Zusätzlich müssen die jedes Jahr aufs Neue ausgestoßenen Emissionen schnell reduziert

ENERGY TRANSITION AND CLIMATE JUSTICE

Climate Change is caused mainly by the industrialized countries – but threatens people in so called developing or emerging countries the most. On the one hand, because of their geographical position. E.g. droughts are not (yet) a common threat in Europe, but one of the causes for the Syrian War was the most severe drought in the last 100 years. On the other hand, they have less money, technology etc. to protect themselves from the effects of climate change. If we compare the distribution of wealth on a global scale, the wealthiest 10 % of mankind emit 50 % of CO₂-Emissions, while the poorer half of mankind only emits 10 %.

The United Nations estimate a total of 250 million additional refugees caused by climate change until 2050. This equals five times the number of total refugees worldwide in 2016 – on the highest peak since World War 2. Even if we keep the rise in temperature shortly below 2 °C, 500 million people are estimated to suffer from shortages in water supply due to climate change (Die Welt 2013).

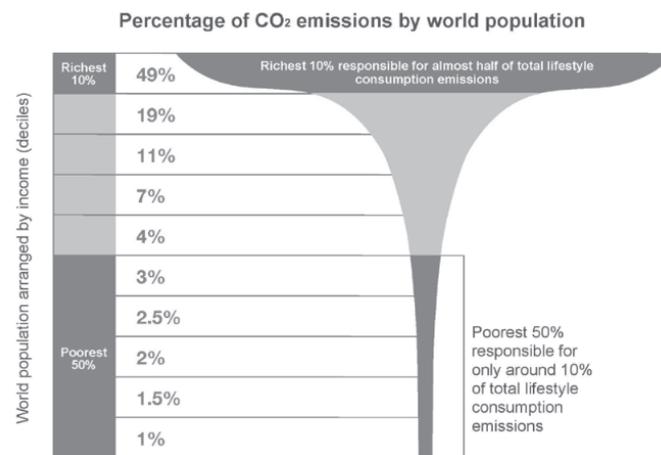
Because of this, we are obliged to limit global warming to 1.5 °C. The carbon budget, that is left, if we aim for 1.5 °C, is 5 to 9

times the Emissions of the year 2015 – 20 to 27 times for 2 °C. (Carbon Brief 2016). The problem gets more profound by a fundamental conflict between economic growth and ecological limits. The climate movement thus faces a twofold challenge: reorganizing economy extremely quickly on the one hand, fighting for system change on the other. Erosion of soils, finiteness of resources or the destruction of whole ecosystems: there are plenty of ecological risks that will become an existential threat to human society at some point. Furthermore, they usually are interlinked to each other or common causes.

1.5 °C – An Energy Transition Scenario for Germany

To reach our climate goals, although it is key to decarbonize electricity supply, we furthermore have to stop emissions for the generation of heat/ cooling, as well as emissions from traffic. In achieving this, these sectors are dependent on the generation of electricity by renewable energy sources.¹ In German, this is called „Sektorkopplung“ which roughly translates to inter-sectoral coupling. The HTW Berlin recently published a scenario according to the 1.5 °C- Goal for all 3 sectors (HTW 2016). These sectors, which account to 83 % of greenhouse gases, must have zero emissions globally until 2040. Additionally, emissions have to be reduced quickly,

Figure 1: Global income deciles and associated lifestyle consumption emissions



Source: Oxfam

CO₂-Ausstoß nach Einkommensgruppen

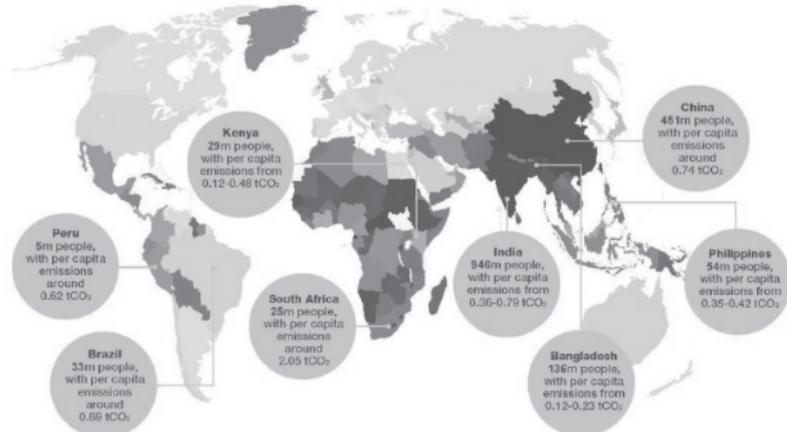
werden, da das 1.5-Grad Ziel sonst trotzdem verfehlt würde. Dementsprechend berechnet die Studie Zwischenziele, die erreicht werden müssen. Das New Climate Institute (NCI) ist bei einer vergleichbaren Studie zu etwas schärferen Zielen gekommen (New Climate Institute 2016). Diese findet ihr zum Vergleich in Klammern hinter den Angaben der HTW-Studie.

Die Kohleverstromung hat mit 38.2 % der Emissionen im Strombereich, bzw. 32.5 % der Emissionen insgesamt den größten Anteil und ist aus technischer Sicht am Einfachsten und Schnellsten zu ersetzen.³ Dementsprechend muss der Kohleausstieg bis 2030 (NCI: 2025) vollzogen werden.

Die Energiewende in den Sektoren Wärme und Verkehr hat zur Folge, dass der Strombedarf massiv wächst. Ohne effiziente Technologien einzusetzen, könnte der Energiebedarf von 628 TWh auf 3000 TWh pro Jahr ansteigen. Demgegenüber skizziert die Studie einen Ausbaupfad, bei dem der Stromverbrauch lediglich von 628 TWh auf 1320 TWh pro Jahr ansteigen würde⁴. Nötig sind hier ein Verbot für die Neuzulassung von Wagen mit Verbrennungsmotor ab spätestens 2030, besser 2025 (NCI: 2025).⁵ Die wichtigsten Fernstraßen sollen mit Oberleitungen, wie bei Bahnen, ausgestattet werden, damit LKW im laufenden Betrieb Strom tanken können. Durch Sanierungsmaßnahmen muss der Energiebedarf der Gebäude bis 2040 um 30-50 % reduziert werden.

Die Bereitstellung von Raumwärme und Warmwasser muss im Wesentlichen von Wärmepumpen übernommen werden, weil Gas-Brennwertanlagen und Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung nicht effizient genug sind. Aus dem gleichen Grund erfolgt die Umstellung im Verkehrsbereich, wo immer möglich, auf der Basis von Batterien. Nur wo dies unbedingt nötig ist, kommt Wasserstoff (ob methanisiert, oder nicht) zum Einsatz. Die bereits produzierten Biotreibstoffe werden auf Flugzeuge und Schiffe verlagert, aber nicht ausgebaut.

Die Stromerzeugung muss aus Kostengründen im Wesentlichen aus Sonne und Wind bereitgestellt werden. Denn die Stromgestehungskosten für Photovoltaik (PV) und Wind an Land liegen mit 9 ct/KWh bereits jetzt auf dem gleichen Niveau wie die Stromgestehungskosten neuer fossiler Kraftwerke (7-11 ct/KWh). Biomassekraftwerke werden nicht mehr zugebaut, sondern lediglich durch flexiblere Anlagen ersetzt, um die Schwankungen bei Sonne und Wind auszugleichen. Im Schnitt müssen bis zum Jahr 2040 laut Studie 15 GW PV, 6.3 GW Wind an Land und 2.9 GW Wind Offshore pro Jahr zugebaut werden. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss damit 3-6 mal schneller vorangetrieben werden, als in der EEG-Novelle 2016 von der Bundesregierung beschlossen (inzwischen EEG 2017 genannt). Zusätzlich wird in dem Szenario unterstellt, dass Wasserstoff äquivalent zu 137 TWh Stromerzeugung (äquivalent zu 1/10 der Stromerzeugung im Inland) z.B. aus weniger dicht besiedelten Ländern oder Wüstenregionen für den Verkehrsbereich importiert werden muss.



Je dunkler das Land, desto größer die Risiken des Klimawandels. Alle stark betroffenen Länder kommen im Schnitt auf einen CO₂-Ausstoß < 1 t pro Kopf/Jahr. In Deutschland liegt dieser je nach Quelle zwischen 6 und 9 t.

otherwise 2040 would not be enough. Accordingly, the study points to milestones, that have to be reached on the way. It is worth mentioning, that the New Climate Institute (NCI) conducted a similar study, which points to even more ambitious milestones, denoted in brackets (New Climate Institute 2016).

Coal Power Plants emit a share of 38.2 % of emissions by electricity generation (32.5 % of total emissions).² From a technical point of view, they are also easiest and quickest to replace. Accordingly, coal is to be phased out until 2030 (NCI:2025).

Without applying efficient technologies, Energy transition in the sectors Heat and Traffic would lead to a rise in electricity demand from 628 TWh to 3000 TWh per year. The study thus advocates certain measures, which would limit the rise in demand to 1320 TWh.³ Heat is supposed to be provided by heat pumps mainly, since gas thermal value equipment, as well as combined heat and power generation using hydrogen is too inefficient. Out of efficiency reasons, traffic uses batteries instead of hydrogen (methanized, or not), with the exception of planes and ships, where this is not possible. Biofuel production does not increase, existing production shifts to the supply of ships and planes (complemented by hydrogen-based Power2Liquid). Important highways are to be equipped with overhead lines, to enable trucks to regain power, while driving. By renovating buildings, energy demand is supposed to decrease by 30-50 % until 2040. As this takes time, it has to start soon. The same applies to cars, so new cars based on burning fuels are to be forbidden starting in 2025, or 2030 at the latest (NCI: 2025).⁴

To be cost-efficient, electricity supply is to be based on Solar and Wind Onshore. They currently cost 9 ct/KWh, comparable to new fossil plants (7-11 ct/KWh). On average, Solar is to expand by 15 GW, Wind Onshore by 6.3 GW and Wind Offshore by 2.9 GW per year until 2040, while Bioenergy will stay the same, continually upgraded to better balance out fluctuations of Wind and Solar Power. This is three to six times as much, as planned by the joint government of social democrats and conservatives (called EEG 2017). Additionally, the scenario calculates Power2Liquid-Imports equivalent to 137 TWh from less densely populated or deserted areas (1/10 of the advocated inland electricity production).

Klimagerechtigkeit schaffen heißt: patriarchale Machtstrukturen aushebeln

Lisa Göldner (GenderCC - Women for Climate Justice), Lara Eckstein (Ende Gelände)

Wenn wir sagen: der Klimawandel ist ein gesellschaftliches Problem; wenn wir sagen: der Kapitalismus ist die Ursache der gefährlichen Erderwärmung; wenn wir sagen: wir wollen nicht einfach nur den Ausstoß von Treibhausgasen begrenzen, wir wollen *Klimagerechtigkeit* – dann bedeute das zweierlei:

1. Wir müssen die bestehenden Machtstrukturen schonungslos analysieren.
2. Wir müssen ihnen aktiv entgegenwirken.

Für einen *gerechten* Umgang mit dem Klimawandel sind vor allem drei Fragen wichtig: Wer sind die Hauptverursachenden von Treibhausgasemissionen? Wer sind die Leidtragenden? Und wessen Interessen stehen bei klimapolitischen Entscheidungen im Mittelpunkt? Herkunft, Einkommen und Alter spielen hier eine Rolle – und das soziale Geschlecht.

Schritt 1: Genderaspekte analysieren

Konsum- und Mobilitätsgewohnheiten basieren auf geschlechtsspezifischen Privilegien und sozial konstruierten Geschlechterrollen. Der ökologische Fußabdruck von Männern ist deshalb in der Regel größer als der von Frauen: Sie verbrauchen mehr Strom und mehr Benzin, machen mehr Flugreisen und essen mehr Fleisch. Ironischerweise führen dieselben geschlechtsspezifischen Machtstrukturen und Rollenzuschreibungen dazu, dass Frauen die Hauptleidtragenden der Auswirkungen des Klimawandels sind: Wenn durch Dürren oder Krankheiten die Versorgungsarbeit zunimmt; wenn in Zeiten von Naturkatastrophen die öffentliche Ordnung zusammenbricht und „das Recht des Stärkeren“ gilt; und wenn durch klimabedingte Flucht nur die am wenigsten Privilegierten zurückbleiben.

Die Devise kann nicht lauten: „Erst einmal das Klima retten, dann kümmern wir uns um Geschlechtergerechtigkeit.“ Vielmehr gilt: Das Klimaproblem kann nicht gelöst werden, solange Geschlechterungerechtigkeiten unangetastet bleiben. Und das gilt überall auf der Welt, denn geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten herrschen nach wie vor auch in so genannten „entwickelten Ländern“.

Auf allen politischen Ebenen werden Entscheidungen über klimapolitische Maßnahmen – zur Reduzierung von Emissionen ebenso wie zur Anpassung – in erster Linie von Männern getroffen. 18% der Delegierten, die bei der internationalen Klimakonferenz in Paris 2015 mitverhandelten, waren Frauen. Natürlich ist die Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen keine Garantie für Geschlechtergerechtigkeit. Vielmehr gilt es, die bestehenden patriarchalen Machtstrukturen durch politische Maßnahmen gezielt aufzubrechen. Aktives Gegensteuern ist nötig – ansonsten werden patriarchale Strukturen reproduziert und dadurch die bestehenden Ungerechtigkeiten weiter verschärft.

Schritt 2: Veränderungen anstoßen

Wie Gendergerechtigkeit und Klimapolitik zusammen gedacht werden können, zeigt das Projekt *GUCCI – Gender into Urban Climate Change Initiative*, geleitet vom internationalen Netzwerk *GenderCC – Women for Climate Justice e.V.* und finanziert durch die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) des Bundesumweltministeriums. Über drei Jahre hinweg werden in sechs Pilotstädten konkrete Ansätze ausprobiert, um Geschlechteraspekte besser in klimapolitische Entscheidungen in Großstädten zu integrieren. Projektorte sind die Millionenstädte Delhi und Mumbai in Indien, Jakarta und Makassar in Indonesien und Johannesburg und Tshwane in Südafrika.

In Großstädten akkumulieren sich die Herausforderungen für geschlechtergerechte Klimapolitik: Hier wird der Großteil der globalen Treibhausgasemissionen erzeugt; und unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden besonders die Menschen, die in Armut, auf engem Raum, ohne Zugang zu (Ab-)Wasserinfrastruktur oder Grünflächen leben. Gleichzeitig können kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen soziale Ungerechtigkeiten gezielt adressieren, wenn sie entsprechend gestaltet und umgesetzt werden.

„Unser Ziel ist es, Frauen und zivilgesellschaftliche Initiativen dabei zu unterstützen, kommunale Klimapolitik systematisch auf Gender-relevante Aspekte zu analysieren und sich aktiv in Entscheidungen einzumischen“, erklärt Kate Cahoon, die das Projekt bei *GenderCC* koordiniert. In zwei Workshops, in Johannesburg und Makassar, haben Frauen bereits Ideen entwickelt, wie sie Kooperationen mit ihrer Kommunalregierung aufbauen, eigene Projekte umsetzen und Einfluss auf klimapolitische Entscheidungen nehmen können. „Wir wollen den Anstoß geben für eine breite, schlagkräftige Bewegung von Frauen, die es nicht mehr hinnehmen, bei klimapolitischen Entscheidungen übergangen zu werden“, unterstreicht Dorah Marema, Leiterin von *GenderCC Südafrika*. „Wir leiden am meisten unter den Folgen. Jetzt wollen wir endlich gehört werden.“

Langfristig wollen die Projektbeteiligten gemeinsam Strategien entwickeln, um kommunale Klimapolitik inklusiver, sozial gerechter und nachhaltiger zu gestalten. Ziel ist, dass die Städte nicht nur den Herausforderungen des Klimawandels gewachsen, sondern auch insgesamt lebenswerter für alle Bewohner*innen sind. Von der lokalen Ebene sollen die Ideen und Strategien dann weiter in die nationale und internationale Klimapolitik getragen werden – denn es gilt, grundlegende Veränderungen anzustoßen.

Schritt 3: Denkmuster durchbrechen

Um *Klimagerechtigkeit* herzustellen, bedarf es eines ganzheitlichen Problemverständnisses. Wenn wir bestehende Machtstrukturen schonungslos analysieren und ihnen aktiv entgegenwirken wollen, dann müssen wir



patriarchale Denk- und Geschlechtern ist weniger *Symptom* des Klimawandels (und damit vor allem ein Problem in den vom Klimawandel am meisten betroffenen Regionen) als vielmehr eine seiner *Ursachen*; und daraus folgt: Geschlechtergerechtigkeit herzustellen ist eine notwendige Bedingung zur Verringerung von Treibhausgasemissionen.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem, das den Klimawandel anheizt, basiert auf drei Säulen: Der Ausbeutung natürlicher Ressourcen, der (post-)kolonialen Unterdrückung des Globalen Südens und der Unterdrückung von Frauen und allen, die nicht dem heteronormativen Männlichkeitsverständnis entsprechen. Das Verständnis vom Menschen als "Herrscher und Eroberer" ist nicht nur die Grundlage des Kapitalismus, sondern auch Ursache der gefährlichen Erderwärmung – und somit eine existentielle Bedrohung für uns alle.

Deshalb gilt es, Alternativen zu entwickeln, die nicht nur das Wachstumsdogma infrage stellen, sondern jegliche Formen von Unterdrückung beenden.

Die Aufgabe scheint immens; sie lässt sich aber auch begreifen als großartige Chance für einen grundlegenden *System Change* hin zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, zur Sicherung eines guten Lebens auch für kommende Generationen und zu mehr sozialer Gerechtigkeit – zwischen den Geschlechtern und zwischen allen Menschen weltweit.

Weiterlesen

GenderCC - Women for Climate Justice

www.gendercc.net

genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit

www.genanet.dem

Achieving climate justice means overcoming patriarchal power structures

by Lisa Göldner (GenderCC – Women for Climate Justice) and Lara Eckstein (Ende Gelände)

When we say: climate change is a societal problem, when we say: capitalism is the root cause of dangerous global warming, when we say: we do not simply want to stop climate change, we want to achieve real climate justice – then two challenges arise:

1. We need to relentlessly analyze the existing power structures.
2. We need to work actively against them.

In order to develop *just* responses to climate change, three questions are important: who are the major producers of greenhouse gas emissions? Who are those most affected by the impacts of climate change? And whose interests are considered in the creation of climate policies? Important factors to be addressed in this context are background, income, age – and gender.

Step 1: Analysing gender aspects

The way we live, consume and move around is determined by gender-specific privileges and socially constructed gender roles. Men therefore tend to have a bigger ecological footprint than women: They consume more electricity and more fuel, eat more meat and fly more often. Ironically, existing power structures and gender roles also make women more vulnerable to the impacts of climate change: They carry most of the burden of extra care work deriving from droughts or illnesses; they are more likely to experience violence and harassment when social order collapses in times of natural disasters; and they are more likely to be left behind when climate-induced migration becomes unavoidable.

It would therefore be wrong to say "Let's stop climate change first and focus on gender equality later." The opposite is true: The problem of climate change can only be solved if we strive for gender justice – and this is true all around the world, as gender-specific inequalities also exist in so-called "developed countries".

Decision-making in climate politics – for mitigation as well as adaptation – is dominated by men at all levels. Just 18% of the delegates negotiating the *Paris Agreement* in Paris 2015 were women. The participation of women, of course, is no guarantee for gender equality. Direct countermeasures are needed to overcome existing patriarchal power structures and unless they are actively implemented, gender roles are reproduced and existing inequalities intensified.

Step 2: Initiating change

One example of combining gender justice and climate policies is the project *GUCCI – Gender into Urban Climate Change Initiative*, initiated by GenderCC – Women for Climate Justice and financed by the International Climate Initiative (IKI) of the German Federal Ministry for the Environment. Running for three years, the project aims to develop practical approaches for the implementation of gender aspects into climate policies. Six megacities have been selected as project sites: Delhi and Mumbai in India, Jakarta and Makassar in Indonesia and Johannesburg and Tschwane in South Africa.

"Our goal is to support women and civil society initiatives to systematically analyze local climate politics to uncover relevant gender aspects, and actively engage in decision-making processes", GenderCC's project coordinator Kate Cahoon explains. Two workshops have already taken place in Johannesburg and Makassar, in which women jointly developed ideas and strategies for working together with their local governments, to implement their own projects and participate actively in decision-making at the local level. In the long run, the project partners will develop common strategies to make local climate politics more inclusive, more just and more sustainable. The aim is to make cities not only more resilient to the impacts of climate change, but also more liveable for all their inhabitants.

Find the full article online: <https://we.riseup.net/ocnyb>

Exxon verklagt 350.org / US-Politik 2017

In Kalifornien brennen allsommerlich große Waldflächen ab. Viele halten Exxon dafür verantwortlich, weil der Konzern seit 40 Jahren über den Klimawandel Bescheid weiß und anstatt die Öffentlichkeit zu informieren Millionen für das Verbreiten von Klimalügen, Verharmlosung der fossilen Industrie, Abstreiten der Gründe für den Klimawandel und das Bestechen von Politiker*in ausgab. Mit der Kampagne "#ExxonKnew" macht 350.org darauf aufmerksam und erhielt zusammen mit 7 anderen NGOs und den Bundesanwälten von New York and Massachusetts eine Anordnung des Kongresses, Emails und Dokumente auszuliefern. Jamie Henn von 350.org sieht darin eine Verletzung des Rechts auf freie Rede und hat angekündigt, sich dem nicht zu unterwerfen, sondern die Gelegenheit zu nutzen, dem Kongress öffentlich fragen zu stellen, warum sie anstatt den Klimaschwindel zu untersuchen, nun gegen Kritiker*innen von Exxon vorgehen.

Der Kongress ist in der Hand von Konzernen und das nicht erst seit gestern. Das macht es Menschen in den USA sehr schwer, Parlamente zur Durchsetzung ihrer Interessen zu Nutzen. Wie stark die Korruption ist, zeigt der Film "Koch Brothers Exposed" über eine Familie die durch den Bau von Raffinerien für Stalin, Hitler und in den USA reich wurde. Sie schufen ein System für Gesetzesvorschläge namens ALEC, mit dem es Unternehmen einfach haben, Gesetzesvorschläge in allen Staaten mit bundesweit einheitlichen Kampagnen einzubringen und damit seit Jahren für die Abschaffung oder Absenkung von Mindestlöhnen, das Außer-Kraft-Setzen von Umweltstandards und Steuern für Reiche lobbyieren.

Wer eine der beiden Parteien wählt, muss wissen, genau dieses menschenfeindliche System zu wählen. Einige Monate verbreitete Bernie Sanders Hoffnung, indem er im Gegensatz zur in den USA üblichen Tradition, Millionen von Unternehmen für den Wahlkampf zu sammeln, mit einer Crowdfundingkampagne als Präsidentschaftskandidat antrat. In den USA kann nach seiner Aussage kein Gesetz ohne Zustimmung der fossilen Industrie beschlossen werden. Deswegen sei es laut Naomi Klein wissenschaftlich notwendig, ihre Regeln zu brechen, um das Leben auf der Erde zu retten.

Im November 2016 wird in den USA gewählt. Als Nachfolger für Barack Obama lieferten sich der Sozialist Sanders und Hillary Clinton ein Rennen. Im Juni gab Sanders auf und hielt eine Unterstützungsrede für Clinton, welche als offen für Wall Streets Finanzdiktatur und militärische Interventionen im Nahen Osten gilt.

Neben dem Rassisten und Milliardär Donald Trump trat für die Republikaner Ted Cruz an. Cruz ist Gegner von Einwanderung, gleichgeschlechtlicher Ehe, der Abtreibung, der allgemeinen Krankenversicherung, der Steuerbehörde, ist Klimaskeptiker und will die Subventionen für Bio-Sprit abschaffen. Er erhielt 25 Mio von der Fossilien-Lobby, die republikanische PAC insgesamt 107 Mio.

EXXON SUBPOENAS 350.ORG AN OUTLOOK ONTO US POLITICS 2017

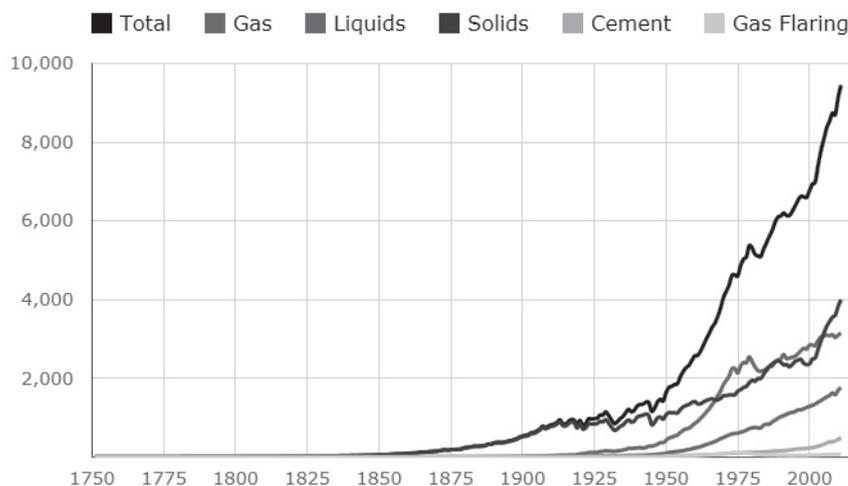
Every summer fires affect huge forest areas in California. Exxon is taken responsible by many for knowing about their effects on the climate and instead informing the public they used millions of dollars distributing lies, downplaying the role of fossil industry and denying reasons for climate change and corrupting politicians. 350.org, a NGO for climate protection, issued the campaign „ExxonKnew“ and together with 7 other NGOs and state lawyers of New York and Massachusetts received subpoenas by the US congress to deliver emails and documents. 350.org's Jamie Henn takes this as a violation of the free speech and will not deliver but use the opportunity to ask the congress publicly about not investigating Exxon's climate denial, but instead going after their critics.

Congress is governed by big money not just since yesterday. It disables people to use parliaments for their interests. The movie „Exxon Brothers Exposed“ shows the influence of a family grown rich building refineries for Stalin, Hitler and in the US. They use their money to corrupt politicians and founded a system named ALEC that enables companies to issue coordinated campaigns for laws in all US states to campaign to reduce and obstruct minimal wage, disarm environmental regulations and tax cuts for high incomes.

Voting for any of the two big parties supports this inhumane system. For some months Bernie Sanders spread hope with a crowdfunding campaign for presidency. In the US no law will happen without the support of the fossil industry he said. If science is right, following Naomi, Klein it is necessary to break their rules to save life on earth.

In November 2016 the US elect a successor for Barrack Obama. While it is wrong to concentrate on leaders it could deliver insights regarding climate justice. On the side of the democrats in June socialist Bernie Sanders gave up and endorsed Hilary Clinton who is seen as a supporter of Wall Street and NATO interventions in the middle east.

Total and Individual Contributors



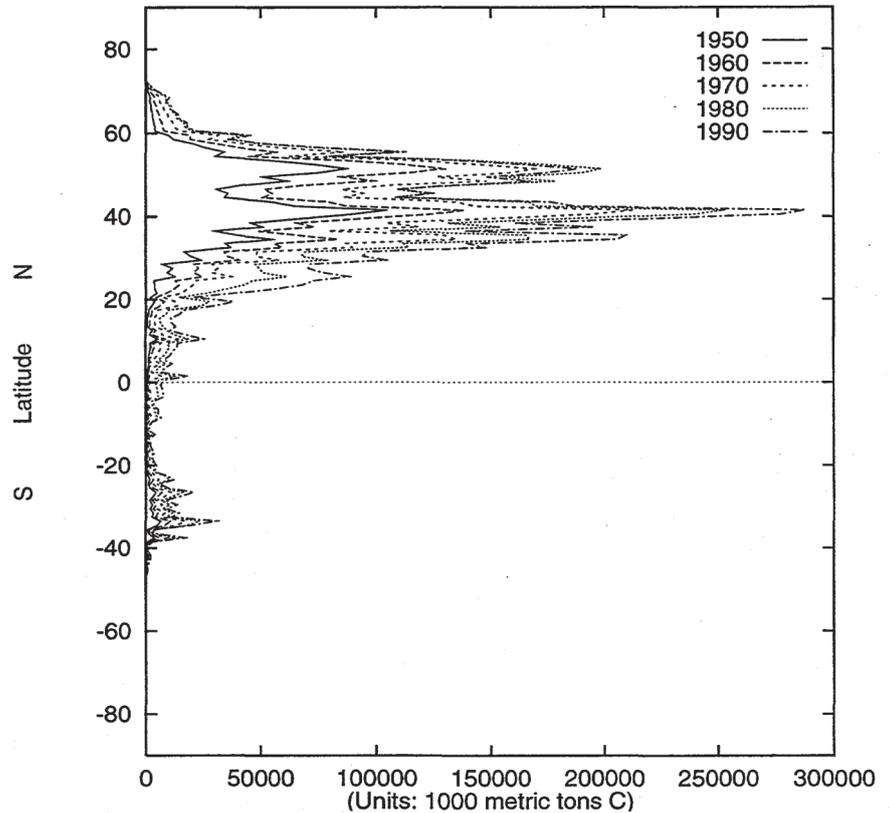
Der unter Republikanern als Pragmatiker geltende John Kasich versammelte so wie der neokonservative Marco Rubio bei den Vorwahlen im März/April über 100 Delegierte und war damit unter den Favoriten. Er griff Trump offen an, bezeichnete sein Vorhaben zur Verschärfung der Einwanderungspolitik als nicht erwachsen und erhielt u.a. von der New York Times unterstützende Artikel.

Der libertäre (im Sinne freier Marktwirtschaft) ehemalige Gouverneur Gary E. Johnson tritt ein für diplomatische Außenpolitik ohne militärischen Druck und forderte die Abschaffung von Auslands-Subventionen.

Für die hauptsächlich in Küstenstaaten auf Wahlzetteln vertretene greenparty trat wiederum die Agnostikerin und Ärztin Jill Stein an. Sie wollte 2012 an einer Fernsehdebatte zwischen Barrack Obama und Mitt Romney teilnehmen und wurde auf der Straße verhaftet, weil sie den Verkehr störe. Ihre Positionen sind denen von Sanders ähnlich. Sie tritt ein für einen „green new deal“ (Subventionen für ‚grüne‘ Arbeitsplätze), finanziert durch 30%-ige Kürzung der Militärausgaben, die Aufhebung der Verschuldung von Studierenden, im Rückgriff auf die US-amerikanische Frühgeschichte von ihr ‚indentured servants‘ genannt, die öffentliche Wahlfinanzierung, Schaffung öffentlicher Banken und den 100%-igen Umstieg auf Erneuerbare bis 2030 ein, was Kriege und den „gefährlich aufgeblasenen“ Militärhaushalt unnötig mache und notwendig sei, um einen Meeresspiegelanstieg um 15 Meter zu verhindern. Sie sieht sich im Gegensatz zu Hillary Clinton als Feministin.

Als Sanders am 15. Juli gegenüber Clinton aufgab, kritisierte sie ihn dafür, dass er den Einladungen öffentlich für die grüne Partei zu sprechen, nicht gefolgt sei. Die demokratische Partei hätte Sanders sabotiert, was zeige, dass es keine revolutionäre Kampagne innerhalb einer konterrevolutionären Partei geben könne. Schon bei Dennis Kucinich und Jesse Jackson habe sich gezeigt, dass sich die demokratische Partei links gibt, aber auf die Seite von Unternehmen und Militär stelle („fake left, but go right“). Die Partei könne das politische System nicht reparieren, was notwendig wäre, um Systemfehler wie rassistische Justiz, das Gesundheitswesen, die Unterstützung der fossilen Industrie zu überwinden. Sie ruft die 60% von Sanders inspirierten und weder von Demokraten noch Republikanern repräsentierten zu einer politischen Revolution im Sinne von Occupy Wall Street, dem Arabischen Frühling und der Black Lives Matter Bewegung auf. Sie zitiert Frederick Douglass mit „Power concedes nothing without a demand.“ - "Macht bleibt folgendlos ohne Forderung."

Ab 2017 ist keine friedliche Politik seitens der USA zu erwarten, der Klimawandel wird ignoriert (Clinton) oder geleugnet (Trump). Grund genug also, nicht erst im November außerparlamentarisch Druck zu machen.



Mostly supported in coastal states the green party nominated the agnostic medic Jill Stein for presidency elections. When she tried to join a TV debate between Obama and Romney sitting on the pavement she was arrested with the official reason of disturbing traffic. Her positions are similar to those of Sanders. She promotes a „green new deal“ (subventions for „green“ jobs) financed with a 40% military cut. She wants to overcome student debt what she calls a fallback to the early past of the USA making students to „indentured servants“. She aims for publicly funded elections, public banks, transformation to 100% renewables by 2030, which she believes to overcome wars and the „dangerously blown-up“ unnecessary military budget and is mandatory to prevent a sea level rise of 15 metres. Contrary to Hilary Clinton she sees herself as feminist.

When Sanders gave up for Clinton on July 15th she criticized him not answering invitations to speak publicly for the green party. The democrats had sabotaged him which shows there is no way for a revolutionist inside a counter-revolutionary party. It could be seen for Dennis Kucinich and Jesse Jackson, that the democrats show a left image but stand on the side of companies and military („fake left, but go right“). The party can't (or doesn't want to) repair the political system which would be necessary to overcome the „rigged system“ of racist justice, health care and the support for the fossil industry. She calls the inspired by Sanders 60% voting neither Democrats nor Republicans to a political revolution in the sense of Occupy Wall Street, the Arabic Spring and the Black Lives Matter movement, quoting Frederick Douglass „Power concedes nothing without a demand.“

Looking to 2017 no peaceful politics can be expected from the US. Climate change is ignored (Clinton) or denied (Trump), both supporting deficit fracking. Reason for us rattle the parliament from the outside.

Solidarische Prosumption

Bei „grünes Wachstum“, dem „green new deal“ und "Nachhaltigkeit" geht es meist darum, negative Faktoren einzudämmen, weniger offen zu Tage treten zu lassen, aber die Logik bleibt gleich: Fokus auf Produktion für Konsum und Export. Jede Einsparung wird kapitalistisch verwertet, als „klimaneutral“ zertifiziert und mit noch schädlicheren Prozessen wie fossiler Energiegewinnung verrechnet. Ein gefährlicher Irrweg, der in Sicherheit wiegt, aber zerstörerische Prozesse fernab nicht stoppt. Reduzierung reicht nicht, Öko-Effizienz ist nicht unbedingt gut, grüne Technologie spart keine Emissionen und führt u.U. über Rebound-Effekte zum Gegenteil.

Die Alternative ist ein fundamentaler Perspektivenwechsel, den eigenen Lebensstil nicht dem kapitalistischen Prinzip der Vewertung zu unterwerfen und den Stromverbrauch an die Stromproduktion anzupassen.

Hier eine technische Utopie ohne Verzichtslöge: Ein Straßenzug mit gemeinsamer Kompostheizung, der Biogas aus Abwasser erzeugt, dieses in einer Pflanzkläranlage reinigt und mit dem Grauwasser umliegende Felder bewässert, kann mit dem Gas ein Blockheizkraftwerk betreiben und die Kompostheizung bei anhaltenden Minusgraden unterstützen. Der dabei produzierte Humus findet auf Dachterrassen Verwendung bzw. kreist zurück in Permakultur. Nahrungsproduktion braucht keine tonnenschweren Maschinen. Felder sind mit Bäumen bewachsen, die mit ihren Wurzeln Wasser speichern und den Boden mit Biomasse düngen.

Gemeinsame Produktionsstätten sind sauber integriert in den sozialen Nexus, weil technisch moderne Prozesse industrielle Nährstoffkreisläufe strikt vom biologischen Metabolismus trennen.

Architektonisch ähnelt die Sozial-Fabrik einem länglichen Hügel, der mit einem begehbaren Dach aus Fenstern, Hochbeeten und Heckenlabyrinthen oben einen Erholungsraum mit Nährwert und darunter eine lange lichtdurchflutete Straße mit transparentem Kuppeldach darstellt. In abgeteilten Produktionsbereichen, stellen die Bewohnenden das Nötige her und bringen es in die Lager- und Distributionsbereiche (früher Konsum oder Supermarkt). In der Mitte verläuft ein Gleis umgeben von Sitz und Grünflächen mit dem Charakter eines Marktes. Insgesamt eine Weiterentwicklung einer Mall zu einem Subsistenz-Zentrum.

An den Seitenwänden befinden sich Zugänge zu Gruppenbüros, Gemeinschaftsbereichen wie Küche, Kinder-spiel- und Lernräume und Wohnbereiche mit Zugang zu Gemeinschaftsgärten an den äußeren Rändern. Die begleitende wissenschaftliche Arbeit leistet in Verbindung mit Publikationen und Vorträgen an anderen Orten einen Beitrag für die Gemeinschaftskasse, um nötige Einnahmen zu decken. Im wesentlichen basieren Austauschprozesse mit anderen Habitaten anderer Regionen jedoch auf Vertrauen und bedürfen keiner Verrechnung.

Wesentlich ist der Bruch mit exportorientierter, energieintensiver, nicht an Maßstäben des eigenen Bedarfs ausgerichteten Massenproduktion.

SOLIDARY PROSUMPTION

„Green growth“, the „green new deal“ and „sustainability“ mostly focuses to inhibit negative factors, to make them more invisible, but with the same basic logic of production, consume and export. Every saving underlies capitalistic exploitation, certified „climate neutral“ it is exchanged with damaging processes like fossil energy production. A dangerous trap of glooming security without stopping destruction abroad.

Reducing is not enough, eco-efficiency not necessarily good and green technology doesn't save emission or adds consume via rebound effects.

Alternatively we need a fundamental shift to not subordinate one's lifestyle to capitalist principles. but instead bind energy consumption to local production.

This is a technical utopia without sacrifice: People in one street share a compost heating, produce methane from sewage, which is cleansed in a plant filtration system using leftovers after composting on surrounding fields. Methane is stored and used for cooking and during cold times to support the compost heating with a energy efficient combustion using produced warmth for heating common areas. Produced humus finds its way to the rooftop gardens or cycles back to the permaculture fields. Food production does not need heavy machines. Trees are growing on smaller fields strengthening the stability and supplying the surface with biomass.

Cooperative production areas are cleanly integrated into the social nexus as modern technical processes strictly separate cycles of industrial materials from biological metabolism.

The architecture of this „social factory“ (german Sozial-Fabrik) mimics an elongated hill with an accessible rooftop with windows, elevated beets and hedge labyrinths, providing a place for nutritious recreation on top and a long light road with a partly transparent rounded ceiling. In separated production areas inhabitants create necessary goods and deliver them to the storage or distribution areas (formerly know as supermarktes). In the center a track is surrounded by sitting furniture and green areas with the character of a market place. At all a shopping mall developed into a subsistence center.

The side walls provide access to group offices, common areas like kitchens, children's rooms for playing and learning. The living areas continue to surrounding gardens at the outer edges. Self-narrative Scientific work produces publications and lectures at connected habitats providing to common finances. Mostly however the exchange with other regions is based on trust and does not rely on direct exchange or payments. Energy intense export orientation has been overcome focusing local needs as a main characteristic.

full version online

Was wir wollen

Staaten sind unterdrückerische Apparate und es gibt gute Gründe, sie abzuschaffen. Doch es ist kontraproduktiv, sie der Allianz aus Konzernen und Machtmenschen zu überlassen. Demokratische Politik muss durch diverse außerparlamentarische Bewegungen begleitet werden und als Instrument genutzt werden, Klimaziele durchzusetzen. Es ist erforderlich aber nicht genug, Emissionen drastisch zu senken und Kohlenstoffanteil der Atmosphäre von derzeit 406 auf unter 350 ppm zu senken und damit den Klimawandel rückgängig zu machen. Dies kann nur durch viele dezentrale Projekte zur Aufnahme von Kohlenstoff gelingen.

Die Politik wird dem nur folgen, wenn wir sie dazu zwingen. Wir brauchen Gesetze, die uns Kontrolle über Unternehmen verschaffen, die sich weigern, ihre Emissionen zu senken. Großverbraucher dürfen nicht länger von der EEG-Umlage befreit werden. Der Zertifikathandel geht das Klimaproblem falsch an und schafft keinen ausreichenden Anreiz, Emissionen einzusparen. Die kostenlose Vergabe von Emissionsrechten an Großverbraucher wie die Flugindustrie sind ein Beweis für die Korruption gegenüber der Milliarden-Industrie. Fossile Arbeitsplätze sind nicht mehr wert als die anderer Bereiche, sondern weniger, denn sie fördern die Gewissenlosigkeit der Lohnabhängigen und unterminieren Anstrengungen, einen Beitrag für Klimagerechtigkeit zu leisten.

Aufforstung ist nicht falsch im Gegenteil, aber es ist falsch sie für greenwashing von Emissionen zu verwenden. Begriffe wie "klimaneutral" führen irre, wenn sie auf einem finanziellen Transfer beruhen. Es reicht nicht, Emissionen 1:1 auszugleichen. Die Energiewende ist eine klimaschädliche Lüge, weil sie das Wachstum anfeuert und der Ressourcenverbrauch steigt. Dezentrale Stromproduktion unter Abwärmenutzung z.B. mit Methan von Abwasser sollte gefördert werden.

Der Preis für Klimazertifikate muss über 50 Euro steigen, damit sich aktiver Humusaufbau nach dem österreichischen Beispiel in Kaindorf finanziell lohnt. Lokale Nahrungsmittelproduktion auf (gemeinschaftlichen) Permakulturflächen ist die beste ökologische Möglichkeit Kohlenstoff zu binden und ersetzt Importe aus Ländern des Globalen Südens. Zum Schutz vor Erosion durch starke Niederschläge brauchen Felder Stabilität durch Wurzeln. Agroforst und Heckenbewirtschaftung sind richtige Antworten auf düngemittelintensive Monokulturlandwirtschaft mit tonnenschweren Maschinen. Das Anlegen von bewachsenen Wasserflächen schafft zusätzliche CO₂-Senken. Solche Projekte sollten gefördert werden.

Im Kampf für Klimagerechtigkeit können wir jenen, die verstärkt unter dem industriellen Klimawandel leiden eine Stimme in Medien und Politik geben. Wir sollten ihre Interessen zu unseren machen und mit praktischen real-wirksamen Projekten unterstützen.

Wir alle können den eigenen ökologischen Fußabdruck errechnen und auf 2 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr senken und gleichzeitig Projekte aufbauen und stärken, die Kohlenstoff langfristig binden.

What we want

States are suppressing systems and there are valid reasons to try to overcome them. Though it would be counterproductive to leave them to corporations and political rulers. Democratic politic needs to be followed by diverse non-parliamentary movements to enforce climate goals. It is not enough but necessary to drastically limit reductions to bring down atmospheric carbon dioxide from currently from 406 down below 350 ppm to reverse climate change. Only many decentral project to bind carbon can achieve this.

Politic will only follow this when we force it to do so. We need laws, to control companies that are unwilling to limit their emissions. Big consumers must not be freed from their EEG shares any longer. The ETS share approaches climate change in a wrong way and does not provide the necessary motivation to limit emissions. Donating emission rights to big consumers like the aviation industry proves the corruption regarding in favor of big money. Fossil jobs aren't worth more than those of other sectors but less as they promote unscruposity of workers and undermine efforts for climate justice.

Planting trees is not wrong, the opposite is true, but it is wrong to use this for greenwashing of emissions. Terms like „climate-neutral“ are misleading if they are based on financial transfers. It's not enough, the equivalent them 1:1. Energy transition is a dangerous lie because it boosts growth and resource consumption. Decentral electricity production using produced warmth for example with methane from sewage should be subsidized.

The price for emission rights needs to grow over 50 Euro to make active humus production financially attractive. Local food production on (community) permaculture fields is the most effective way to bind carbon and replaces food imports from countries of the Global South. To protect fields from erosion by heavy rain they need stability from roots. Agroforestry and hedge cultures are good answers to fertilizer addicted monocultures managed with heavy machines. Vegetated ponds capture further carbon dioxide. Such projects are to be favored.

Fighting for climate justice we can lend our voice to those who suffer from industrial climate change most. We should make their interests to ours and support them with practical projects making a change.

We all can calculate and limit our ecological footprint to 2 ton per year and at the same time build up projects to sustainably bind carbon.

